

Die soziale Sicherheit sicher machen

Autor(en): **Wittmann, Walter / Lischetti, Barbara**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft**

Band (Jahr): - **(1996-1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-843337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

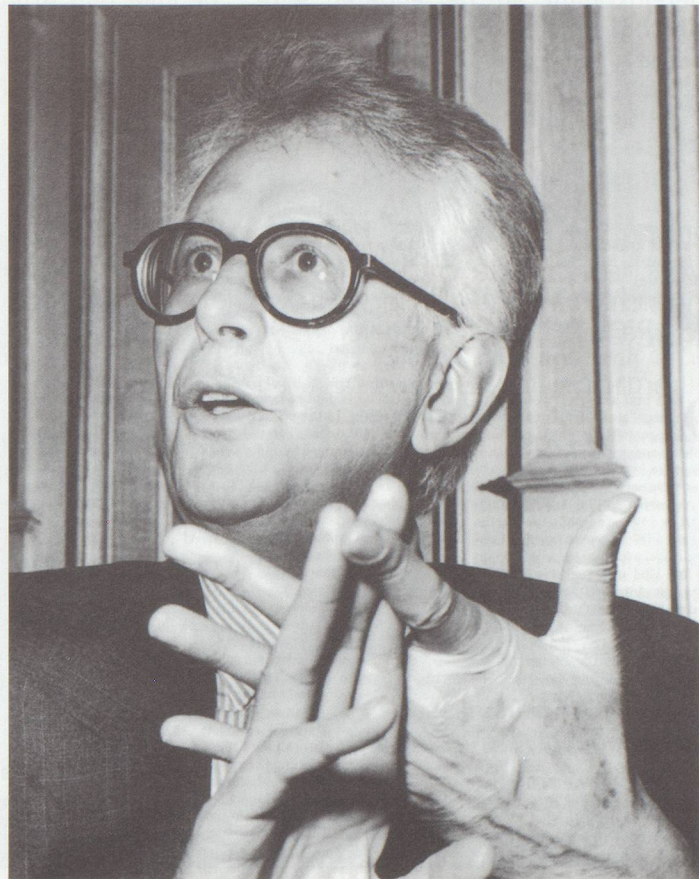
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die soziale Sicherheit *sicher* machen



Barbara Lischetti ist Juristin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Frauenförderung an der Universität Bern.

Barbara Lischetti untersuchte die Stellung der Frauen im schweizerischen Sozialversicherungssystem.



Walter Wittmann ist Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Freiburg i.Ü.

Walter Wittmann war Mitglied der Kartellkommission.

Existenzsichernd, aber solide finanziert. Welche soziale Sicherheit brauchen wir im Alter? Wie sicher ist diese? Ist das, was wir haben, noch zeitgemäss, und wie lässt es sich finanzieren?

Diese und weitere Fragen diskutierten unter der Bundeshauskuppel in Bern für einmal nicht Politiker, sondern Sachverständige untereinander.

Walter Wittmann: Ich fange gleich mit dem Negativen an: Die AHV ist in keiner Art und Weise durchfinanziert. Die Finanzierungsprognosen beruhen immer auf Wachstumsraten, die nie eingetroffen sind und auch bis ins Jahr 2000 nicht eintreffen werden. Es gibt bei der AHV Modellrechnungen, die aufzeigen, dass ohne Wachstum bis 2025 ein Defizit von 275 Milliarden Franken entsteht. Die Löcher in der AHV sind grösser als die gesamten Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die AHV wird kollabieren, wenn wir sie nicht total reformieren.

Barbara Lischetti: Was verstehen Sie darunter?

Walter Wittmann: Wir brauchen Wachstum und Beschäftigung in der Volkswirtschaft, damit wir die AHV-Löcher stopfen können. Und um das zu erreichen, müssen wir die ganze Wirtschaft liberalisieren. Bisher gingen wir von der Faustregel aus, dass wir zwei Prozent Wachstum benötigen, um die AHV zu finanzieren. Und gegenwärtig erreichen wir diese Zahl nicht. Um das ganze Fundament der sozialen Sicherheit tragfähig zu machen, brauchen wir Wachstum.

Barbara Lischetti: Unsere Alterssicherung beruht ja traditionellerweise auf dem Drei-Säulen-Prinzip. Ich gehe davon aus, dass man sich darüber einmal grundsätzlich Gedanken machen sollte. Bei unserer Untersuchung haben wir festgestellt, dass Personen mit niedrigem Einkommen – und da sind die Frauen überdurchschnittlich vertreten – bei der Zweiten Säule durch

die Maschen fallen und bei der Dritten erst recht. Und das ist ein grundlegendes Problem. Es gibt einen Grundstandard bei der AHV, der schon jetzt nicht mehr existenzsichernd ist, auf der anderen Seite können sich gutverdienende Leute gut gepolsterte Zweite und Dritte Säulen aufbauen und später davon profitieren.

Walter Wittmann: Man müsste die AHV existenzsichernd gestalten und die Zweite Säule als freiwillig erklären. Grundsätzlich gilt aber: Mit einer konsequenten Liberalisierung erreichen Sie die Senkung der Lebenshaltungskosten, was sich positiv auf die Kaufkraft der Renten auswirkt. Die Waren werden billiger und die Mieten sinken.

Barbara Lischetti: Und was ist mit den Löhnen? Die werden nach diesem Modell wohl auch sinken.

Walter Wittmann: Wenn die Lebenshaltungskosten sinken, brauchen Sie auch weniger Geld dafür. Also ►

auf der einen Seite Wachstum und mehr Beschäftigung, damit mehr Geld hereinkommt, auf der anderen Seite Abschaffung der Kartelle, damit die Preise zusammenbrechen. Dann braucht die AHV für die Existenzsicherung einen niedrigen Bedarf an Geldmitteln. Es muss aber etwas unternommen werden, denn der Engpass kommt kurz nach dem Jahr 2000.

Barbara Lischetti: Es werden zum Teil ganz extreme Methoden vorgeschlagen, wie zum Beispiel Abschaffung der sozialen Sicherheit. Das kann ja wohl nicht ein vernünftiges Thema sein.

Walter Wittmann: Das ist nicht meine Position. Ich möchte eine existenzsichernde AHV. Der Rest sollte privat geleistet werden.

Barbara Lischetti: Ich sehe da einen anderen Ansatz: Das schweizerische Sozialversicherungssystem ist ja nicht auf einen Schlag entstanden, sondern historisch gewachsen. Entsprechend gibt es Mängel und Lücken, welche durch eine grundsätzliche Koordination behoben werden sollten. Ich kann mir vorstellen, dass auch eine «Verbilligung» daraus resultieren würde.

Walter Wittmann: Ja. Die Sozialversicherungen sind historisch gewachsen, aber eigentlich nie koordiniert worden. Bereits in den fünfziger Jahren wurde mittels Postulaten versucht zu harmonisieren. Doch es wurde nichts daraus. Es gibt in der Sozialversicherung Über- und Mehrfachversicherungen. Das ist ja das Unerträgliche, dass es Leute gibt, die Gelder vom Staat erhalten und es gar nicht nötig hätten.

Barbara Lischetti: Heisst das, dass nur noch diejenigen AHV-Leistungen erhalten, die es nötig haben?

Walter Wittmann: Das ist nicht das Ziel, aber könnte das Ergebnis der Überlegungen sein. Wenn es nichts anderes mehr gibt, müsste man diese Kröte schlucken. Denn ein Mittelzufluss aus Steuern oder aus Arbeitgeberbeiträgen führt zu einer Scheinsolidarität, weil im Endeffekt wiederum die Arbeitnehmer via höhere Steuern und höhere Produktpreise die Kosten tragen. Die Solidarität muss immer zwischen Personen funktionieren, und nicht zwischen Personen und Unternehmungen.

Barbara Lischetti: Ich finde den Solidaritätsgedanken zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der AHV wesentlich. In einem Betrieb arbeiten Menschen, die ein Leben lang ihre Beiträge einbezahlt haben. Für das Unternehmen entstehen nicht nur Investitionskosten, sondern auch Sozialkosten.

Walter Wittmann: Der Arbeitgeber zahlt ja für die geleistete Arbeit einen Lohn. Das Geld wird dann mittels Lohnprozenten umverteilt. In der Schweiz wird übrigens in der AHV so viel umverteilt wie kaum anderswo.

Barbara Lischetti: Das entspricht im Gegensatz zum reinen Versicherungsprinzip dem Nutzniesserprinzip. Und dieses müsste man dann wohl konsequent anwenden, also auch bei den Schulen. Ich zweifle daran, dass man das kann, und deshalb ist es für mich uneinsichtig, dass es ausgerechnet bei den Sozialversicherungen angewendet werden sollte.

Walter Wittmann: Da kann es angewendet werden. Deshalb bin ich für existenzsichernde Renten. Und auch die Ergänzungsleistungen sollten beibehalten werden.

Barbara Lischetti: Die Ergänzungsleistungen sollten also – wie bereits jetzt – individuell dort eingesetzt werden, wo sie dringend nötig sind?

Walter Wittmann: Ja, genau. Deren Höhe kann man abklären und individuell anpassen. Ich zähle jetzt einmal auf, was der Bund politisch unternehmen wird, um die Löcher in der AHV zu stopfen: Er wird die Mehrwertsteuer erhöhen. Und wenn das noch nicht reicht, wird er sie noch einmal erhöhen, denn über Lohnprozente ist nichts mehr zu machen. Schliesslich wird er die AHV über Steuern subventionieren, wofür er sich verschulden muss. Deshalb – das sage ich nicht gerne – wird es wohl darauf hinauslaufen, dass nur noch diejenigen eine AHV-Rente erhalten werden, die sie auch wirklich nötig haben.

Barbara Lischetti: Der Sozialversicherungsgedanke ist aber immer noch da, dass alle etwas davon haben sollen. Ich frage mich nun, ob da nicht durch das «Bedürfnisprinzip» der Gedanke der Solidarität gesprengt wird?

Walter Wittmann: Nein, die Solidarität müsste ja noch viel höher sein, weil viel mehr umverteilt würde. Ich

mache diesen Vorschlag nur, weil ich sehe, dass kein anderer Weg finanzierbar ist.

Barbara Lischetti: Das würde also heissen, dass bestimmte Gutverdienende für nichts einbezahlt haben. Wir kennen das heute bei der Erwerbsersatzordnung, welche ungefähr zur Hälfte von Frauen finanziert wird, aus der aber fast ausschliesslich Männer Leistungen erhalten.

Walter Wittmann: Ja genau. Weil wir das Geld nicht mehr haben werden, um an alle eine Rente auszubahlen, müssen wir zur Subjektförderung übergehen.

Barbara Lischetti: Es ist ein Unterschied, ob Sie das Geld bei einer Sozialversicherung selbstverständlich erhalten, weil Sie Anspruch darauf haben, oder ob Sie den Bedarf dafür anmelden müssen. Untersuchungen zeigen, dass viele Leute lieber in Armut leben, als dass sie die Schande der Bedürftigkeit auf sich nehmen und um Ergänzungsleistungen nachsuchen. Für mich wäre ein möglicher Weg ein Abbau der Zweiten Säule zugunsten der Ersten. Der Grundgedanke war ja ursprünglich der, dass die AHV existenzsichernd sein sollte, die Zweite Säule sollte den weiteren Lebensbedarf decken und für den «Luxusbedarf» war die Dritte Säule vorgesehen.

Walter Wittmann: Die Zweite Säule hat auch enorme Probleme. So sicher, wie immer gesagt wird, ist sie nicht. Sie ist schwergewichtig in Immobilien investiert, und die verlieren zur Zeit an Wert. Viel Geld ist auch in Obligationen angelegt. Wenn die Inflation einmal steigen sollte, würde der Ertrag real kleiner oder bei noch höherer Verschuldung weginflationiert.

Barbara Lischetti: Eine Privatisierung der Zweiten Säule würde ich natürlich nie isoliert propagieren. Der erste Schritt müsste der Ausbau der AHV sein. Dann würde die Zweite Säule hinfällig, weil deren Ziele mit der Ersten bereits erreicht worden sind. Um die Belastung durch Lohnprozente zu verkleinern, könnte man ja die jetzigen Abgaben der Zweiten Säule in die AHV überführen.

Aus: Schweizerischer Bankverein,
«Der Monat» 5/96